

Diese Kopie wird nur zur rein persönlichen Information überlassen.
Jede Form der Vervielfältigung oder Verwertung bedarf der
ausdrücklichen vorherigen Genehmigung des Urhebers © by the
author

S Ü D W E S T R U N D F U N K
F S - I N L A N D
R E P O R T M A I N Z

SENDUNG: 12.01.2016

<http://www.reportmainz.de>

**Umstrittene Anzeigen: Prominente
Behörden und Firmen werben auf
rechtspopulistischen Webseiten**

Autorin: Claudia Butter

Kamera: Marc Bürkle
Kolja Niber
Thomas Schäfer

Schnitt: Inge Maric

Moderation Fritz Frey:

Anderes Thema. Für ein Produkt oder eine Dienstleistung zu
werben, das ist das Normalste der Welt – sei es in der Zeitung, im
Radio, im Fernsehen oder im Internet oder wo auch immer.

Da gibt es gewisse Regeln. Zum Beispiel für Schweineschnitzel vor
einem vegetarischen Restaurant zu werben, das macht wenig Sinn.

Der, der wirbt, achtet natürlich darauf, dass sein Produkt in einer
angemessenen Umgebung platziert wird – sollte man meinen.

Claudia Butter hat sich im Internet gezielt rechtspopulistische
Webseiten angeschaut. Seiten, die Hass und Hetze verbreiten. Ich
konnte mir bis heute nicht vorstellen, dass da von renommierten
Unternehmen und Bundesbehörden Werbung auftaucht.

Bericht:

Proteste und Hass gegen Zuwanderer, Brandanschläge auf Unterkünfte – die Gewalt gegen Flüchtlinge nimmt zu.

Angestachelt auch durch Hetze im Netz. Auf Seiten wie „Politically Incorrect“, „Kopp Online“ und der „Jungen Freiheit“. Sie machen Stimmung gegen Asylbewerber, schüren Ängste, warnen vor einer angeblichen Überfremdung.

Prof. Andreas Zick forscht seit Jahren zu Rechtspopulismus. Er hat sich intensiv mit diesen drei Internetseiten beschäftigt. Seine Einschätzung:

O-Ton, Prof. Andreas Zick, Institut für Konflikt- und Gewaltforschung, Uni Bielefeld:

»Sie sind gefährlich deswegen, weil sie Wut- und Hassinformationen in die Welt setzen. Wir finden dort das wieder, was wir als Menschenfeindlichkeit bezeichnen. Massiv Vorurteile gegen Zuwanderer. Stereotype über den Islam, Stereotype aber auch über viele andere Gruppen. Das heißt, sie reichen eigentlich vom rechtspopulistischen bis hin zum rechtsextremen Spektrum.«

Wir wundern uns, denn trotzdem taucht immer wieder Werbung großer Firmen auf diesen Webseiten auf.

Auf „Politically Incorrect“ finden wir eine Anzeige der Deutschen Bahn – obwohl hier Merkel mit Hitler verglichen und massiv gegen den Islam gehetzt wird.

„Ich kann beim Wort Islam nur noch kotzen“, heißt es in den Kommentaren. Diese Lufthansa-Anzeige steht neben einem Artikel von Michael Stürzenberger. Der wird vom bayerischen Verfassungsschutz beobachtet – wegen islamfeindlicher Bestrebungen.

Noch ein Beispiel: Auf der Nachrichtenseite „Kopp-Online“ stoßen wir auf Adidas-Werbung. Dabei werden direkt darüber Ängste geschürt vor Zuwanderung. Beim „Flüchtlingsstrom“ handle es sich um den „genialsten Krieg aller Zeiten“, heißt es etwa. Und um „eine militärische Operation gegen Deutschland“.

Auch Anzeigen von Aldi gibt es auf „Kopp Online“, von der Deutschen Bahn und VW.

Die „Junge Freiheit“ wird von Experten als rechtspopulistisch eingeordnet. Auch hier finden wir Werbung der Deutschen Telekom und von Lufthansa.

Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius hat mehrfach auf die Gefahr durch diese Webseiten hingewiesen. Wir berichten ihm von unseren Recherchen.

O-Ton, Boris Pistorius, SPD, Innenminister Niedersachsen:

»Mich ärgert am meisten daran zuallererst die finanzielle Unterstützung, die diesen Seiten damit zuteilwird. Denn wir reden über Seiten auf denen gehetzt wird, rassistische Parolen verbreitet werden, anonyme User sich ausbreiten mit ihren fremdenfeindlichen und rassistischen Theorien, ihrem Hass auf andere. Dass so was durch Werbung überhaupt ermöglicht wird, ist für mich gelinde gesagt ein Skandal.«

Doch nicht nur Anzeigen von Unternehmen, sogar Werbung von Bundesbehörden steht hier. Auf der Webseite der „Jungen Freiheit“ stoßen wir auf eine Anzeige der Bundesagentur für Arbeit – direkt neben der Forderung: „Frau Merkel, treten sie zurück!“ Und die Bundespolizei sucht ausgerechnet hier nach neuen Mitarbeitern.

Prof. Andreas Zick bewertet das als gefährlich. Denn mehr noch als die Werbung von Firmen ließen solche Anzeigen die Seiten seriös wirken.

O-Ton, Prof. Andreas Zick, Institut für Konflikt- und Gewaltforschung, Uni Bielefeld:

»Wenn da im Hintergrund Behörden auftauchen, befördern sie die Glaubwürdigkeit, befördern die Vertrauenswürdigkeit. Dann nehmen Rezipienten einfach die Informationen, die sie lesen, als viel harmloser wahr.«

Werbung von Unternehmen und Behörden steht auf rechtspopulistischen Webseiten. Finanziert sie mit, lässt sie seriöser wirken. Wie kann das sein?

Prof. Guido Zurstiege beschäftigt sich seit Jahren mit Werbung im Internet. Er erklärt uns, wie das System funktioniert: Die Unternehmen arbeiten meist mit Dienstleistern zusammen. Und sie buchen oft keine bestimmte Webseite für ihre Werbung.

***O-Ton, Prof. Guido Zurstiege, Medienwissenschaftler,
Universität Tübingen:***

»Unternehmen begeben sich hier auf jeden Fall in ein unsicheres Feld. Die Werbetreibenden folgen ihren potentiellen Kunden, wohin auch immer sie sich bewegen, und präsentieren ihnen dort, völlig automatisch, dann ihre Werbemittel.«

Das heißt: Wer vorher im Netz nach Autos sucht, dem wird, wenn er weitere Seiten anklickt, darauf Werbung von Autos gezeigt, zum Beispiel von VW.

Trotzdem aber hätten Unternehmen und Dienstleister bestimmte Seiten sperren können, sodass ihre Anzeigen dort nicht erscheinen. Oder generell Seiten mit umstrittenen Inhalten ausschließen.

***O-Ton, Prof. Guido Zurstiege, Medienwissenschaftler,
Universität Tübingen:***

»Alle betroffenen Unternehmen hätten diese Form der Fehlplatzierung vermeiden können. Keines der Unternehmen hat dies offensichtlich getan. Und daher liegt meines Erachtens ein Versäumnis seitens der Unternehmen vor. Sie müssen mehr Verantwortung übernehmen für die Orte, für die Plätze, für die Seiten, auf denen ihre Werbung erscheint.«

Wir konfrontieren alle Unternehmen und Behörden mit unseren Recherchen. Und plötzlich sind die Anzeigen innerhalb kürzester Zeit von den umstrittenen Seiten verschwunden.

Erklärungsversuche: Aldi schreibt, die Ausschluss-Mechanismen hätten leider versagt. Die Deutsche Bahn erklärt, es sei nicht ersichtlich, wie es dazu kommen konnte.

Telekom und Adidas antworten, bei der Vielzahl der Seiten sei Kontrolle schwierig. VW und Lufthansa gestehen Fehlbuchungen ein, auch Bundespolizei und Bundesarbeitsagentur sprechen von

Fehlern der Dienstleister. Die Bundesarbeitsagentur werde die Kosten nicht begleichen.

Alle betonen, sie hätten nicht mit Absicht auf den rechtspopulistischen Seiten geworben und sie nachträglich gesperrt.

Späte Korrekturen. Dabei sieht der Minister solche Werbung in diesen Zeiten als gefährlich an.

O-Ton, Boris Pistorius, SPD, Innenminister Niedersachsen:

»Diese Seiten sind ohne Frage Seiten geistiger Brandstifter, das muss man sehr deutlich so sagen. Und es wird dringend Zeit, dass mehr Sensibilität im Umgang mit Werbung auf Websites dieser Art Platz greift.«

Abmoderation Fritz Frey:

Ja, und das war REPORT MAINZ für heute. Am Donnerstag kommt Monitor.

Wir wünschen Ihnen jetzt noch einen informativen Abend bei uns im ERSTEN. Bis bald. Tschüss.